

Jahresbilanz: Große Koalition und wie geht es weiter?

VERANSTALTUNGSBERICHT ZUM MAINZER POLITISCHEN SALON

Das Hauptinteresse des ersten „Mainzer Politischen Salons“ war es, eine Zwischenbilanz der Großen Koalition zu ziehen und diese zukunftsgerichtet zu diskutieren. Wie geht es weiter mit der Großen Koalition? Wie hat sich die Union zu positionieren? Die Experten auf dem Podium waren sich schließlich darin einig, dass es der CDU innerhalb der Großen Koalition derzeit an eigenem Profil mangelt.

Christian Baldauf, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, hob in seinem Grußwort hervor, dass eine Große Koalition immer ein Konstrukt auf Zeit sei. Jedoch ist sie nicht nur Notgemeinschaft, sondern kann auch ein Erfolg sein. Neuwahlen, so Baldauf, seien keine Perspektive. Laut einer aktuellen Umfrage der Allgemeinen Zeitung Mainz antworteten nur 23 % der Befragten auf die Frage „Soll die Große Koalition weitermachen?“ mit „Sie soll weitermachen“, wohingegen 64 % für Neuwahlen plädierten. Führt die Regierung Merkel nun ein, was die Regierung Schröder gesät hat? „Parteien müssen Kompromisse schließen. Reformen sind keine Änderungen an tagespolitischen Angelegenheiten, sondern sehr viel grundlegender – sie gehen an die Grundsätze auch der Parteien selbst“, so äußert Dr. Johann Wilhelm Gaddum, Finanzminister a.D., seine Skepsis gegenüber der Großen Koalition. Ob Reformen unter diesen Voraussetzungen möglich sind, sei fraglich. „Im Interesse der Partei und der öffentlichen Resonanz müssen die Konturen der CDU viel stärker herauskommen, sonst müssen wir uns nicht wundern, wenn wir dafür abgestraft werden“, so Gaddum. In

Bezug auf die Arbeit des Finanzministers und die Finanzpolitik der Großen Koalition ist Dr. Gaddum zwar der Ansicht, dass der Finanzminister handwerklich begabt, ein Großteil seiner Erfolge jedoch nur die Ergebnisse langfristiger Entwicklungen seien. „Eine Haushaltssanierung ist kaum möglich, vor allem auch deshalb nicht, weil eine Vielzahl der Ausgaben durch gesetzgeberische Maßnahmen gebunden sind, die den Spielraum hier sehr eng machen“.

Auch in der Familienpolitik beobachten die Diskussionsteilnehmer Defizite in der Großen Koalition. „Die Debatte um Kinder ist heute vor allem eine Debatte um soziale Sicherungssysteme“, so Prof. Andreas Rödder von der Universität Mainz. „Dabei ist die Familie doch der Kern des christdemokratischen Selbstverständnisses, das Leitbild der voll- und hauptberuflichen Mutter mit vorwiegender Vollbetreuung ab dem ersten Lebensjahr des Kindes eigentlich ein sozialistisches“. Insofern ist eine Wahlfreiheit in der CDU programmatisch nicht mehr vorgesehen, sondern hat sich vielmehr der sozialdemokratischen Auffassung von Familie genähert. Julia Klöckner, MdB, bezweifelt ebenfalls, dass es überhaupt de facto eine Wahlfreiheit für Frauen in unserem Lande gibt: „Die Politik muss hier Rahmenbedingungen schaffen. Kinderreichtum hat auch etwas mit Werten zu tun, vor allem auch mit christdemokratischen Werten, die wir uns nicht zerreden lassen dürfen“.

Julia Klöckner sieht auch das grundsätzliche Problem der Vermarktung und der Disziplin innerhalb der Fraktion. Die Union müsse

klarmachen, wofür sie steht: „Immerhin stellen wir die Kanzlerin; die Sozialdemokraten wissen, dass wir deswegen erpressbar sind, da jeder Misserfolg nicht mit dem Vizekanzler heimgeht, sondern mit uns“. Fehlt der Union tatsächlich die Disziplin zu regieren? In Zeiten von Großen Koalitionen, so Klöckner, litten beide Partner miteinander und durcheinander. „Die Gereiztheit allerdings herrscht in erster Linie bei den Sozialdemokraten vor, die stets nach allen Seiten hin offen sind“.

Die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Koalition ist nach Auffassung der Diskussteilnehmer ebenso kritikwürdig. Dr. Gaddum ist hier der Ansicht, dass „die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln – auch in der Politik – in einer globalisierten Welt immer kleiner werden“ und man daher aufhören müsse, falsche Versprechungen zu machen. Der Journalist Dr. Hugo Müller-Vogg ergänzt dazu, dass der größte Fehler als Reaktion auf eine zunehmende globalisierte Welt eine Abschottung nach außen hin wäre.

„Deutschland hat immer vom Export profitiert – durch eine Abschottung würde der größte Schaden entstehen“.

Auch war die öffentliche Wahrnehmung von Kanzlerin Merkel ein Thema für die Gesprächsrunde des Politischen Salons. Prof. Dr. Kepplinger von der Universität Mainz hält die Kanzlerin für wenig talentiert im Rollenspiel. „Die mediale Darstellung wirkt jedoch weniger auf die öffentliche Meinung ein, als vielmehr auf die politischen Akteure selbst – hier wird ihre Ausstrahlung problematisch“, so Kepplinger. Und weiter: „Frau Merkel wird nie eine mediale Figur werden wie Gerhard Schröder oder Joschka Fischer“. Auch wenn der Union derzeit eine Figur fehlt, die die Positionen der Partei zugespitzt auf den Punkt bringt, wird es nach Ansicht der Podiumsteilnehmer entscheidender sein, ob die CDU zur nächsten Bundestagswahl einen Koalitionspartner haben wird. „Die CDU muss sich darüber klar werden, wohin sie eigentlich will. Die Unzufriedenheit der Kernwähler wird entweder zu einer Wahl der FDP, oder aber zu einer Abwanderung in hochpolitisierte Nichtwählerschichten führen“, meint Prof. Rödder. Auch

Dr. Müller-Vogg sieht die Frage nach einem etwaigen Koalitionspartner als zentral an: „Mit Blick nach vorne ist der Koalitionspartner FDP noch lange nicht abgeschrieben. Will die FDP die Ampel, wird sie in CDU-Wählergunst sinken.“ Eine Koalitionsbildung wird Müller-Vogg zufolge eventuell schon bei der nächsten Bundesversammlung sichtbar werden, nach der sich die Wähler eventuell auch noch einmal entscheiden werden. Abschließend beantwortete Julia Klöckner die Frage, ob die CDU bei der nächsten Wahl die „nationale Karte“ ziehen sollte, eindeutig mit einem Plädoyer für mehr Identitätsstiftendes Handeln in der Union: „Das neue Grundsatzprogramm muss zeigen, wie wir uns Deutschland vorstellen, wie wir uns Deutschland in Europa und in der Welt vorstellen und welches unser Menschenbild ist. Insofern geht es nicht um das Ziehen einer nationalen Karte, sondern um Selbstverständlichkeiten“.